

Thorsten Wagner

Prioritäten und Leitlinien der amerikanischen Außenpolitik

1. „Die Stadt auf dem Hügel“: Von der Monroe-Doktrin zum Ersten Weltkrieg

Die spezifischen Eigenarten der amerikanischen Denkmuster, und hier insbesondere die der politischen Eliten, beeinflussten schon von Beginn an die außenpolitischen Maßstäbe und Leitlinien der jungen Nation. Eine große Rolle spielten hier insbesondere das spezifische Verständnis des Primats der Menschenrechte und der Demokratie sowie das amerikanische „Sendungsbewußtsein“, das oft damit einher ging und geht. Dennoch kann man feststellen, daß besonders vor dem Ersten Weltkrieg eine starke Tendenz zum Isolationismus vorherrschend war, der sich besonders deutlich in der *Monroe-Doktrin* manifestierte und im folgenden kurz erläutert werden soll.

In der Gründungsphase der USA herrschte allgemein die Auffassung vor, Amerika sei gleichsam eine „Stadt auf dem Hügel“, wie es John Winthrop bereits im 17. Jahrhundert formuliert hatte. In dieser exponierten Lage sei man daher nicht nur den Blicken der ganzen Welt ausgeliefert, sondern habe gleichzeitig auch eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion in bezug auf die hochgehaltenen Ideale. Zu diesem Zweck sei es ausreichend, ‚das eigene Haus in Ordnung zu halten‘ und sich außerhalb der eigenen Grenzen nicht weiter zu engagieren. Diese Einstellung wird deutlich in einer Ansprache John Quincy Adams zum 4. Juli 1821 über die Aufgaben der amerikanischen Nation:

Wo immer sich die Grundsätze von Freiheit und Unabhängigkeit entfaltet haben ..., werden ihr Herz, ihr Segen und ihre Gebete sein. Aber sie geht nicht in andere Länder, um Ungeheuer zu vernichten. Sie schenkt der Freiheit und Unabhängigkeit ihre guten Wünsche. (Aber) sie ist Verfechter und Verteidiger nur ihrer selbst. Sie wird die allgemeine Sache durch das Erheben ihrer Stimme und durch die sympathische Wirkung ihres Beispiels unterstützen. (Aber) sie weiß genau, daß sie sich bereits durch ein einmaliges Eintreten für fremde Fahnen – und seien es die Fahnen der ... Unabhängigkeit – auf immer in die Kriege der Interessen

und Intrigen, der individuellen Habgier des Neides und des Ehrgeizes... einmischen würde. Die grundlegende Maxime ihrer Politik würden sich unmerklich von Freiheit zu Gewalt verlagern. Sie würde (dadurch) die Diktatorin der Welt werden. Sie würde (dann) ihren eigenen Geist verleugnen.¹

Gut zu erkennen ist hier die grundlegende Perzeption, daß sich Amerika von den Zwistigkeiten der Außenwelt (genauer: des alten Europa) fernhalten müsse. Schon George Washington warnte in diesem Sinne 1797 in seiner „Farewell“-Ansprache vor einer interventionistischen Politik. „Warum sollten sich die Vereinigten Staaten“, so fragte er, in die „Netze europäischer Ambition, Rivalität, Interesse, Stimmung oder Laune verstricken?“ Man solle vielmehr die (damals noch) abgeschiedene geographische Lage nutzen, und sich von derlei Ungemach fernhalten.²

So war denn die amerikanische Außenpolitik dementsprechend im beginnenden 19. Jahrhundert von einem dezidierten Verzicht auf interventionistische Mittel zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen über Demokratie und Menschenrechte gekennzeichnet. Diese Auffassung manifestierte sich 1823 in der Doktrin des Präsidenten James Monroe. Zwar hegten die Bürger der Vereinigten Staaten „die freundlichsten Gefühle für die Freiheit und das Glück ihrer Mitmenschen auf der anderen Seite des Atlantiks“, dennoch könnten und wollten sich die USA nicht in deren Auseinandersetzungen einmischen. Genau so erwarte man aber im Gegenzug auch von den Europäern, daß diese darauf verzichteten, ihr System „auf irgend einen Teil der amerikanischen Hemisphäre“ auszudehnen³.

Erste Risse in der „Isolationismus-Front“ zeigten sich aber bereits im Jahre 1849 als der ehemalige Kriegsminister Senator Lewis Cass aus Michigan im Senat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich zu erwägen forderte, um damit gegen die blutige Unterdrückung der ungarischen Revolution durch österreichische und russische Truppen im Jahre 1848 zu protestieren. Kurz darauf besuchte der Führer des ungarischen Aufstandes, Louis Kossuth, die Staaten in der Absicht, um Unterstützung zu werben. Er kritisierte die USA dafür, daß diese zwar einerseits „endlos“ über ihre Mission für Freiheit debattierten, aber in der Praxis nicht bereit seien, „eine aktive Rolle bei der Regelung von Zuständen im Ausland“ zu spielen. Das leuchtende Beispiel allein reiche oftmals nicht aus, so Kossuth. Er habe zumindest noch nie von einem Despoten gehört, der vor einer nur „moralischen Einflußnahme“ zurückweiche.⁴

¹ Adams, zitiert nach La Feber (1965), S. 45.

² Wasser (1980), S. 385.

³ Strauß (1957), S. 26.

⁴ Kossuth, L.: Speech at Concord, 11.5.1852. In: *Old South Leaflets*, Nr. 111, S.15.

Eine hitzige Debatte entspann sich in der politischen Klasse und der Öffentlichkeit Amerikas. Ein Senator, John Parker Hale, machte mit der erhellen- den Einlassung auf sich aufmerksam, daß man nach einer „Bestrafung“ Öster- reichs konsequent sein müsse, und dann auch Großmächte wie Rußland (das an der Unterdrückung der Ungarn mitgewirkt hatte), England (aufgrund der unfair- ren Gerichtsverfahren gegen irische Patrioten) und Frankreich (wegen der Aus- beutung Algeriens) seine Abneigung demonstrieren müsse. Nachdem man auf diese Weise mit der ganzen Welt gebrochen habe, müsse man sich schließlich selbst an den Pranger stellen, denn in der Hauptstadt der „Modellrepublik“ Washington, in „Sichtweite der Fahne des Friedens“ würden Männer und Frau- en zu kaufen sein. Das Prinzip, daß „Freiheit ein von Gott gegebenes Recht ist“, müsse zunächst im eigenen Lande zur Geltung kommen⁵. Ein wohlfeiles Argument, das man auch heute in bezug auf die Todesstrafe oder den Einsatz von Militärgewalt ohne völkerrechtliche Absicherung bedenken sollte. Der Cass-Antrag zugunsten Ungarns wurde aber abgelehnt, die Zeit war noch nicht reif für die USA als „Weltpolizist“.

Als Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik hin zu imperialen Weltmachtstreben gilt im allgemeinen das Jahr 1898, in dem es infolge des spanisch-amerikanischen Krieges zur Unabhängigkeit Kubas, zur Einverlei- bung der Philippinen, Guams und Puerto Ricos kam. Zu bedenken ist hierbei jedoch der schon weitaus früher einsetzende Imperialismus der alten europäi- schen Mächte, der die USA quasi unter Zugzwang setzte, wollte man sich nicht eines Tages von fremden Mächten „belagert“ wiederfinden. Hawaii wurde im gleichen Jahr annektiert und Samoa teilte man sich mit dem Deutschen Reich. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts dehnten die USA ihren Einfluß immer weiter nach Zentralamerika, in die Pazifikregion und nach Japan und China aus, wobei auch immer wieder Spannungen mit der konkurrierenden Seemacht England in Kauf genommen wurden.

Trotz unbestreitbarer wirtschaftlicher Motive der Ausdehnung der Han- delsbeziehungen und der Auslandsmärkte ist diese imperialistische Wende un- ter der Administration McKinleys von Revisionisten als „idealistischer Impe- rialismus“ bezeichnet worden⁶, bei dem der alte amerikanische Glaube an die Überlegenheit der eigenen Wertvorstellungen und der traditionelle Missions- und Fortschrittsglaube eine bedeutende Rolle spiele. Eine besonders amerika- nische Spielart dieser Überzeugungen kam in dem Buch *Our Country* des pro- testantischen Geistlichen Josiah Strong, das mit einer Auflage von 180.000

⁵Congressional Globe, 31st Congr., 2nd Sess., 7.1.1850, S. 113-116.

⁶Williams (1978), S. 58.

Stück Mitte der 1880er zu einem berühmten Bestseller wurde, zum Ausdruck. Unter Berufung auf Charles Darwin konstatierte Strong die Überlegenheit des amerikanischen Volkes, in dem sich die besten Kräfte des sterbenden Europas versammelt hätten. Es sei offensichtlich, daß Gott die Amerikaner damit beauftragt habe, die Welt in ihrem Sinne zu erneuern: „Es scheint mir, daß Gott ... die angelsächsische Rasse für eine Stunde vorbereitet, die unweigerlich in der Zukunft der Welt kommen wird.“ Es nahe der „letzte Kampf der Rassen“, der dazu führen müsse, daß der „Repräsentant ... der großen Freiheit, des reinsten Christentums, der höchsten Zivilisation ... sich über die ganze Welt verteilt.“⁷ Hier war ein idealistischer und pseudo-religiöser Übereifer am Werk, der später in der Geschichte noch größeres Unheil anrichten sollte. Die Darwin'sche Idee der Überlegenheit der Amerikaner blieb umstritten, nicht so aber die Großartigkeit der amerikanischen Ideale, die dann auch recht schnell von McKinley und anderen als Rechtfertigung für die Interventionen in Kuba und auf den Philippinen angeführt wurde. In seiner Kriegsbotschaft an den Kongreß sprach McKinley im April 1889 in bezug auf Kuba von einer „Frage der Menschlichkeit“, die sich hier stelle⁸.

Theodore Roosevelt, McKinleys Nachfolger, verfolgte trotz gegenteiliger Beteuerungen eben jene interventionistische Außenpolitik weiter. Er führte die begonnene „Open-Door-Policy“ gegenüber China fort, vermittelte im russisch-japanischen Krieg, trug in Algier zur Beilegung der ersten Marokko-Krise bei und drängte durch den Bau des Panama-Kanals die Briten zurück. Am bedeutendsten sollte allerdings seine Ausdehnung der „Monroe-Doktrin“ durch die sogenannte *Roosevelt-Corollary* sein, durch die sich die USA zur Ausübung einer internationalen Polizeimacht verpflichteten, um den Ruin der lateinamerikanischen Staaten und eine deshalb drohende Intervention der europäischen Mächte zu verhindern. Dabei käme es für Amerika darauf an, „to speak softly and to carry a big stick“. Es sei die Pflicht der Vereinigten Staaten, Menschen in Barbarei zu Hilfe zu kommen: „Es kann keinen Frieden geben, bevor sich die zivilisierten Nationen nicht bis zu einem gewissen Grad gegenüber den barbarischen Nationen ausgedehnt haben.“⁹

Woodrow Wilson sah sich schließlich angesichts der Greuel des Ersten Weltkrieges erstmals zu einer Intervention auf dem europäischen Kontinent gezwungen. Auch er führte hierfür nicht etwa Gründe der nationalen Sicherheit an, sondern untermauerte seine Kriegserklärung idealistisch: Als „single cham-

⁷Strong (1885), zitiert nach Hofstadter (1969), S. 187.

⁸Hofstadter (1969), S.191ff.

⁹Williams (1978), S. 63.

pion“ der Menschenrechte sei es eine Pflicht der USA, den „natürlichen Feind der Freiheit“ zu bekämpfen.

Wir sind froh, ... für den letzten Frieden der Welt und die Befreiung ihrer Völker... zu kämpfen: für die Rechte der großen und der kleinen Nationen und für die Rechte der Menschen, überall ihren Lebensstil ... zu wählen. Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden.¹⁰

Diese Welt, die für die Demokratie sicher gemacht werden sollte, wollte Wilson mit dem von ihm mit ins Leben gerufenen Völkerbund einen und befrieden. Diese neue Weltfriedensordnung sollte Außenpolitik als solche obsolet machen und könne sodann von einer „Weltinnenpolitik“ ersetzt werden. Bis eine solche verwirklicht sei, sollte Amerika jedoch weiterhin einen aktiven Part spielen.

Allein die Realpolitiker und die amerikanische Bevölkerung sahen die Dinge etwas anders als Wilson, und so war die Folge des Ersten Weltkrieges wiederum ein Erstarken des Isolationismus in der „Neuen Welt“:

Als wäre das Kriegsengagement zuviel des Guten gewesen, wandte sich die amerikanische Nation mit einem Schlage von der Weltbühne ab, zog sich zurück auf den eigenen Kontinent und vergaß ihre Mission, die niemals mehr vonnöten gewesen wäre als im Europa der zwanziger und frühen dreißiger Jahre.¹¹

Dieser Rückzug in den Isolationismus und die Gleichgültigkeit gegenüber den europäischen Entwicklungen sollten sich aber schnell genug bitter rächen und eine zweite Phase der amerikanischen Außenpolitik einleiten, die noch heute mitbestimmend für das Gesicht unserer Welt ist.

2. Zweiter Weltkrieg und „Kalter Krieg“ als Grundpfeiler des US-Imperialismus

Das Aufsteigen der Nazis und anderer faschistischer Gruppierungen im Europa der 20er Jahre änderten nichts an der inzwischen durch eine umfangreiche Gesetzgebung abgesicherten Neutralitätspolitik der USA. Es bedurfte wiederum einer akuten Bedrohung des Weltfriedens und eventuell der nationalen Sicherheit der USA, Franklin D. Roosevelt 1941 zur erneuten Kriegserklärung an Deutschland nur 24 Jahre nach der Kriegsbotschaft Wilsons zu veranlassen. Er betonte die Notwendigkeit des Eingreifens der USA, ohne ein genaueres Aus-

¹⁰Wilson: Kriegserklärung an Deutschland, 2.4.1917. In: Hofstadter (1969), S. 216.

¹¹Pflüger (1983), S. 39.

maß zu definieren. Ähnlich wie Wilson sah Roosevelt in der Bedrohung der Freiheit und Demokratie die Hauptgefahr im Faschismus:

Laßt uns den Demokraten sagen: Wir Amerikaner nehmen tiefsten Anteil an Eurer Verteidigung der Freiheit.... Diese Nation hat ihre Geschicke in die Hände, Köpfe und Herzen von Millionen freien Männern und Frauen gegeben und ihr Vertrauen in die Freiheit der Führung Gottes anheimgegeben. Freiheit heißt die Überlegenheit der Menschenrechte... Unsere Unterstützung geht an diejenigen, die für diese Rechte streiten...¹²

Um bei dem Kampf gegen die Nazis nicht aus dem Auge zu verlieren, für was eigentlich zu kämpfen sei, proklamierte Roosevelt seine berühmten „Vier Freiheiten“, die in einer zukünftigen Welt realisiert werden müßten: diese seien die Rede- und Ausdrucksfreiheit, die Religionsfreiheit, die Freiheit von (materieller) Not und die Freiheit von Angst (vor kriegerischen Übergriffen anderer Nationen).

Die weitere Ausrichtung der US-Außenpolitik folgte nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Hauptlinien. Erstens wuchs Amerika als hauptverantwortlichem Kriegsgewinner und einem der wenigen unversehrten Staaten in der westlichen Welt eine Art „automatischer Führungsrolle“ zu, zum zweiten wurde diese Rolle immer stärker von dem System-Gegensatz zur Sowjetunion geprägt, der schon bald in den „Kalten Krieg“ mündete. Als Reaktion der USA auf das Errichten des „Eisernen Vorhangs“ durch die Sowjetunion (nach Churchill in seiner Rede vom 5.3.1946) und deren aggressiver Politik in Ost- und Südosteuropa entstand die „Truman-Doktrin“. Derzufolge sagten die USA den „freien und unabhängigen Nationen“ ihre Unterstützung vor einer weiteren Expansion „totalitärer Regimes“ zu. Jede Nation stehe zu diesem Zeitpunkt vor der Wahl zwischen Freiheit und Unfreiheit. „Die freien Völker erhoffen von uns Unterstützung bei der Sicherung ihrer Freiheiten. Wenn wir bei unserer Führungsaufgabe zögern, könnten wir den Frieden in der Welt gefährden,“ sagte Truman in seiner Rede am 12.3.1947.

Teil dieser Politik der Eindämmung war unbestreitbar die nukleare Komponente, die seit den apokalyptischen Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki, die Amerikas allumfassende militärische Macht und politische Entschlossenheit demonstrierten, immer weiter ausgedehnt und weiterentwickelt wurde. Innerhalb von nur 15 Jahren entwickelten die USA nach 1948 neben den bombergestützten Raketen Interkontinentalraketen, Mittelstreckenwaffen und U-Boot-Raketen, die bereits ab Mitte der fünfziger Jahre eine Ausweitung der amerikanischen Nukleargarantie über das eigene Territorium hin-

¹²Roosevelt: Rede zu den „Vier Freiheiten“, 6.1.1941. In: Hofstadter (1969), S.394ff.

aus auf die europäischen Bündnispartner angezeigt erscheinen ließen. Man kann also durchaus sagen, daß neben der zugrundeliegenden ideologischen Konfrontation mit der UdSSR auch und besonders die Rüstungsdynamik auf beiden Seiten dazu führte, daß die Eindämmungspolitik zur treibenden Kraft der US-Außenpolitik wurde.

Diese von Truman und seinem Berater George Kennan formulierte Politik der „Eindämmung“ (containment) bestimmte die amerikanische Außenpolitik bis mindestens 1969, wobei es mit John F. Kennedys Amtsantritt eine Akzentverschiebung gab. Während Truman und Eisenhower ihre Außenpolitik zunehmend militärisch und machtpolitisch verstanden, kehrte Kennedy zu den idealistischen Grundüberlegungen zurück, die der Ausgangspunkt für die Eindämmungspolitik waren. Als Höhepunkt seiner Rede zur Amtseinführung versprach er der Welt, daß Amerika „jeden Preis bezahlen, jede Last tragen, jede Schwierigkeit auf [sich] ... nehmen, jeden Freund unterstützen, jeden Feind angreifen [werde], um das Überleben und den Erfolg der Freiheit zu sichern“¹³.

Der Höhepunkt der „Eindämmungspolitik“ und gleichzeitig ihr Scheitern ist im Vietnamkrieg zu sehen. Der breite außenpolitische Konsens der Nachkriegsjahre war zerbrochen. Richard Nixon verkündete kurz nach seinem Amtsantritt eine neue Doktrin, die einen Abbau des „overcommitments“ der USA in der Welt bei gleichzeitiger Stabilisierung und Stärkung regionaler Strukturen vorsah. Eine Realpolitik (eines der wenigen deutschen Wörter, die ins Englische Einzug gehalten haben) europäischer Prägung mit deutlichen Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung deutete sich unter Mitwirkung des Sicherheitsberaters Henry Kissinger an. Die UdSSR wurde als gleichberechtigte Großmacht anerkannt und das Kräftegleichgewicht zwischen den Blöcken fixierte sich zusehends im Rahmen eines *grand designs* der Außenpolitik. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit in bezug auf Rüstungs- und Wirtschaftsfragen war Teil der Nixon-Doktrin.

Unter Nixon, Ford und Kissinger waren die USA zu einer Außenpolitik zurückgekehrt, die vornehmlich Stabilität, Erhaltung des weltpolitischen Status quo und die Konsolidierung eigener Einflußsphären und Friedenssicherung anstrebte. Der idealistische Missionsgedanke trat zurück, Amerika beschränkte sich wieder darauf, die „Stadt auf dem Hügel“ zu sein, die als Beispiel leuchtet. Obwohl auch Kissinger sich zu den Idealen von Menschenrechten und Demokratie bekannte, traten bei ihm andere Aufgaben in den Vordergrund:

Was den uralten Antagonismus zwischen Freiheit und Tyrannei angeht, so sind wir nicht neutral. Aber andere zwingende Notwendigkeiten legen unserer Fähig-

¹³Kennedy: Rede zur Amtseinführung, 20.1.1961. In: Hofstadter (1969), S. 453.

keit Grenzen auf, innere Veränderungen in anderen Ländern zu bewirken. Das Bewußtsein unserer Grenzen entspricht unserer Erkenntnis der Notwendigkeit des Friedens – nicht moralischer Gefühllosigkeit. Die Erhaltung des menschlichen Lebens und der menschlichen Gesellschaft sind auch moralische Werte.¹⁴

Jimmy Carter versuchte dann, nachdem die Sowjetunion das „grand design“ Nixons/Kissingers nicht vollends akzeptierte, das traditionelle Element der amerikanischen Außenpolitik, die globale Verwirklichung der Menschenrechte, zu revitalisieren und gleichzeitig die militärische Konfrontation zurückzufahren, was allerdings nur begrenzt bis 1978/79 erfolgreich war. Deutlich wurde diese „ideologische Wiederaufrüstung“ schon in Carters Rede zu seinem Amtsantritt:

Die unsrige war die erste Gesellschaft, die sich selbst ganz offen in Kategorien von Spiritualität und menschlicher Freiheit definierte. Es ist eben diese einzigartige Selbstdefinition, die uns eine besondere Attraktivität verliehen hat, aber sie auferlegt uns auch die besondere Verpflichtung, moralische Aufgaben auf uns zu nehmen, die, wenn wir sie einmal akzeptiert haben, unveränderlich in unserem ureigenen Interesse sind.¹⁵

Carter grenzte sich damit explizit von der von ihm als zynisch betrachteten Realpolitik Kissingers ab. Sein Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski entwickelte ein Gegenmodell einer Weltordnungspolitik, die auf den drei Säulen der Stärkung des ideologischen Einflusses der USA im Ausland, der Verbesserung im „strategischen Dreieck“ USA, UdSSR und VR China, und der Wiederherstellung des „political appeal“ gegenüber den Entwicklungsländern ruhte.

Dieser Versuch eines „Utopian Multilateralism“ (nach Richard N. Gardner) scheiterte jedoch hauptsächlich an den internationalen Realitäten, so daß die USA zeitweise wieder zur Eindämmungspolitik zurückkehrten, Höhepunkte hierbei sind sicher im Nato-Doppelbeschluß und Reagans Strategic Defence Initiative (SDI) zu sehen, der wir später in veränderter Form nochmals begegnen werden. Durch die dramatische Zuspitzung der Weltlage 1979/80 (Sturz des Schahs und Afghanistan-Invasion) verfestigte sich die Nachkriegsordnung quasi, manche Kommentatoren sprechen gar von einem zweiten „Kalten Krieg“. Vielen wird noch Reagans Beschreibung der UdSSR als „Reich des Bösen“ von 1983 in Erinnerung sein, die schon an eine eschatologische Auseinandersetzung mit bösen Mächten der Finsternis gemahnt. Gleichsam als Reflex auf Carters moralischen Internationalismus formulierte Reagan seine

¹⁴Kissinger, H.: Detente with the Soviet Union: The Reality of Competition and the Imperative of Cooperation, Erklärung vor dem „Senate Committee on Foreign Relations“, 19.9.1974, deutsch in: EA, 20/1974, S. D464.

¹⁵Carter: Inaugural Addresses of Presidents, zitiert nach Zittka (1996), S. 283.

Ideologie der Stärke. Mit seiner Rhetorik des Machtanspruches wollte er sowohl das Selbstbewußtsein des Volkes stärken als auch eine hegemoniale Position seines Landes fördern. Diese Rhetorik ging einher mit einer gezielten Schwächung von internationalen Organisationen wie der UNO (einem Phänomen, dem wir in den 90er Jahren wieder begegnen) deren Existenzberechtigung nach Frank Zittka sogar in Frage gestellt wurde¹⁶. Die Prioritäten bei diesem Paradigmenwechsel in der Außenpolitik waren deutlich: „Die Lektion der Nachkriegszeit ist, daß Amerika der Führer der freien Welt sein muß. Es gibt keinen anderen, der unseren Platz einnehmen könnte“.¹⁷

Die Bush-Administration wiederum war durch einen „pragmatischen Internationalismus“ gekennzeichnet, der sich weitgehend als ideologiefrei verstand. Ein Kommentator spricht sogar davon, daß dieser Pragmatismus „insofern als Ideologie aufgefaßt werden kann, als er die ultimative Ideologielosigkeit zum wahrnehmungs- und handlungsbestimmenden Prinzip erhebt“¹⁸. Dies machte Außenminister James Baker bei seiner Senatsanhörung recht deutlich:

Ich bekenne mich zum Pragmatismus, (...) wenn Sie damit meinen, daß man die Welt realistisch sehen sollte und die Wichtigkeit, Dinge erledigt zu bekommen, schätzt. Meine Aufgabe ist es nicht, die Welt zu verstehen, um sie zu akzeptieren, sondern sie zu verstehen, um sie zu ändern wo nötig.¹⁹

Diesem Ansatz entsprechend reagierten die USA auch auf die Umwälzungen des Jahres 89/90 eher in reaktivem, auf Sicherheit bedachtem Management der auswärtigen Beziehungen. Erst als die USA im Golfkrieg ihre neue Rolle als einzige Supermacht demonstrieren konnten, lieferte Bush hierzu den nötigen ideologischen Unterbau. Bezugnehmend auf die von ihm postulierte „Neue Weltordnung“ sagte er:

Es steht mehr auf dem Spiel als nur ein kleines Land- eine große Idee: eine neue Weltordnung, in der unterschiedliche Nationen in einer gemeinsamen Sache zusammenstehen, um die universellen Hoffnungen der Menschheit zu verwirklichen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Seit zweihundert Jahren dient Amerika als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie. (...) Und heute, in einer sich rasch verändernden Welt, ist die Führungsrolle Amerikas unabdingbar.²⁰

Die umfassenden Umwälzungen, die das Jahrzehnt nach dem Zerfall des

¹⁶Vgl. Zittka (1996), S. 290.

¹⁷Secretary of State George Shultz, „America and the struggle for freedom“, Rede vom 22. Feb. 1985; nach: DSB, LXXXV (April 85), S. 16-18.

¹⁸Zittka (1996), S. 293.

¹⁹Ebd., S. 293.

²⁰Abdruck der Rede Bushs in der *Frankfurter Rundschau* vom 5.2.1991, S. 14.

Ostblockes und dem Ende des Kalten Krieges mit sich brachten, haben an dieser Grundprämisse amerikanischer Außenpolitik nicht viel geändert. Und auch weiterhin kann sie am besten als ein Oszillieren zwischen Isolationismus (meistens von seiten des notorisch sparsamen Kongresses) und Interventionismus beschrieben werden. Jedoch stellt sich die Welt für eine „einsame Supermacht,, ganz anders dar als zu Zeiten mehr oder weniger wohltemperierten Bipolarismus'. Diese neue und zunehmend kritisch beobachtete Rolle Amerikas soll als nächstes beleuchtet werden.

3. Von der Zeitenwende 1989/90 ins nächste Jahrtausend

Der Kollaps des sowjetischen Weltreiches hat die Koordinaten des internationalen politischen Systems nachhaltig verändert. Der größte Antagonist und politische Feind der USA brach unter den Lasten des verschärften Wettbewerbs, besonders auf militärischem Gebiet, und dem Freiheitswillen der Völker (hier ist der ehemaligen DDR und anderen „Satellitenstaaten“ eine besondere Rolle zuzuweisen) zusammen. Dieser Zusammenbruch eines mehr als 70jährigen Reiches kann als ein klassisches Beispiel des von Paul Kennedy postulierten „imperial overstretch“²¹ gelten, den er auch für die USA konstatiert, die er mit einem alten Mann vergleicht, der eine Last nicht mehr so schnell den Berg hinauftragen kann. Die USA konnten diesem Schicksal jedoch bisher dank überlegener Ressourcen und einer lebendigeren Wirtschaft entgehen, wenn auch in folgender Äußerung Madeleine Albright ein weiterbestehendes Problembewußtsein zu erkennen ist: „Um uns gegen Überdehnung (over-extension) zu schützen, müssen wir darauf bestehen, daß andere ihren Teil beitragen.“²²

Dieser fundamentalen Verschiebung der Machtkonstellationen folgte ein „Moment des Unipolarismus“, wie ihn Samuel Huntington²³ in einem äußerst kritischen Essay beschreibt. Während dieser relativ kurzen Zeit sei es den USA möglich gewesen, „anderen Ländern oft ihren Willen aufzuzwingen“. Ausdruck dieser Machtstellung sei vor allem die Ausübung von Druck auf sogenannte „Schurken-Staaten“ mit Sanktionen oder militärischem Druck (hier besonders der zweite Golfkrieg von 1991) gewesen, was jedoch zunehmend Widerstände auch bei Verbündeten hervorgerufen habe, wodurch sich die USA selbst zu einer „Schurken-Supermacht“ entwickelt hätten. Jedoch sieht Huntington diesen

²¹Kennedy (1987).

²²Albright (1998), S. 53. (Alle englischen Zitate werden in einer Ad-hoc-Übersetzung des Autors wiedergegeben.)

²³Huntington (1999), S. 39.

„unipolaren Moment“ als vergangen an, und konstatiert für die späteren 90er Jahre einen „fremdartigen Hybrid“ den „Uni-Multipolarismus“, der kleinere aber wichtige Regionalmächte mit einbezieht. In seinen Augen werden die USA die „erste, letzte und einzige globale Supermacht“ sein, da das 21. Jahrhundert einen „wahren Multipolarismus“ sehen werde.

Quasi auf „natürliche“ Art und Weise fiel den Vereinigten Staaten nun die Führungsrolle in der Weltpolitik zu. Wohl wissend, daß das Wort „Imperium“ oder gar „Hegemonie“ aber mit sehr negativen Konnotationen behaftet ist, bemühte man sich auf amerikanischer Seite seither um eine moderate Rhetorik, was ihre neue Stellung betraf. Es wurde die These vom „gutwilligen Hegemon“ (benign hegemon) entwickelt, um eine semantische Zähmung der eigenen Macht zu erreichen. Diese kommt zum Beispiel in den folgenden Worten des stellvertretenden Außenministers Strobe Talbott zum Ausdruck:

In gewisser Weise und bis zu einem gewissen Grad ist dies ein einzigartiges Phänomen in der Geschichte der großen Mächte, daß die Vereinigten Staaten ihre Stärke – eben ihre Größe (its very greatness) – nicht dadurch definiert, daß sie andere Staaten dominieren können, sondern vielmehr dadurch, daß sie mit anderen zusammenarbeiten im Interesse der internationalen Gemeinschaft als Ganzem. (...) Amerikanische Außenpolitik ist bewußt darauf ausgerichtet, universale Werte zu befördern.²⁴

Des weiteren sprach der stellvertretende Finanzminister Summers offen von „der ersten nicht-imperialistischen Supermacht“²⁵ und Haass macht in seinem Buch *The Reluctant Sheriff* einen deutlichen Unterschied zwischen „imperial“ Doktrin, die lediglich die „von den USA geförderteren Standards unterstützen soll“ und einer „imperialistischen“ Politik, die eine „Außenpolitik der Ausbeutung sei“²⁶. Diese neue, imperiale Politik werde vor allem von dem Gedanken der „Globalen Verantwortung“ beherrscht, wie Edward W. Said, ein bedeutender arabisch-amerikanischer Kulturkritiker, konstatiert.²⁷

Trotz dieser beschwichtigenden Aussagen, wird der nahezu selbstverständliche Führungsanspruch der USA von kaum einer (westlichen) Nation in Frage gestellt (lediglich Frankreich zeigt hier gelegentlich eine gewisse *audace*). Said sagt über das „Diktat der eigenen Sicht von Gesetz und Frieden“:

Das erstaunliche daran ist nicht, daß es versucht wird, sondern daß es mit solchem Konsens und nahe der Einstimmigkeit getan wird in einer öffentlichen Sphäre, die als eine Art kultureller Raum konstruiert ist, der diese [Sichtweise]

²⁴Ebd., S. 38.

²⁵Ebd.

²⁶Haass (1997).

²⁷Said (1994), S. 285.

ausdrücklich repräsentieren und erklären soll.“²⁸

In diesem Zusammenhang ist ergänzend auf die unbestreitbare globale Dominanz Amerikas in den Medien wie Film, Fernsehen und Internet zu verweisen. Begründet wird diese Rolle der USA mit der Notwendigkeit der Führung für die internationale Stabilität. So zum Beispiel der Autor von *Bound to Lead*, Nye:

Abwesenheit von Führung des größten Staates würde die Fähigkeit aller Staaten vermindern, mit Problemen der Interdependenz umzugehen. (...) Die Lektionen von früheren Zeitperioden sind, daß wenn der stärkste Staat nicht führt, erhöhen sich die Gefahren für Instabilität.“²⁹

Dieser Führungsanspruch, der sich durch mannigfache Interventionen überall auf der Welt ausdrückt, wird von Richard Barnet beschrieben als

mit allen Elementen eines kraftvollen, imperialen Bekenntnisses (*creed*) (...) ausgestattet, einem Gefühl der Mission, der historischen Notwendigkeit und des missionarischen Eifers (*evangelical fervor*). (...) Ciceros Definition des frühen römischen Reiches war bemerkenswert ähnlich. Die USA stehen, einzigartig gesegnet mit großen Reichtümern und einer exzeptionellen Geschichte, über dem internationalen System, nicht darin, sie stehen bereit, um der Träger des Rechts zu sein.³⁰

Dieser umfassende Führungsanspruch wurde nie deutlicher als im Kosovo-Konflikt des Jahres 1999, der mehrfach als „Strafaktion“ bezeichnet wurde und nicht als Krieg. Einem sogenannten „Schurkenstaat“ wurden bei kleinstmöglichen eigenen Verlusten die größtmögliche Zerstörung zuteil, und nicht direkt beabsichtigte Treffer als „Kollateralschäden“ euphemisiert. Dieser Militäreinsatz war nicht der erste interventionistische Eingriff der USA, wohl aber der erste ohne UNO-Mandat bei bewußter und willig in Kauf genommener Brückierung von anderen Großmächten wie Rußland und China, welches sogar Bombenopfer zu beklagen hatte. Dies ist eine Entwicklung, die sich schon länger andeutete. Schon seit geraumer Zeit blockiert der Kongreß immense Summen, die die USA den UN schulden, und auch die massive Einflußnahme auf die Bestimmung des neuen Generalsekretärs Annan, der den reformfreudigen und nicht USA-gefügigen Ägypter Butros-Ghali ersetzte, machte dies deutlich. Sehr erhellend ist hierzu eine Formulierung von Nye in *Bound to Lead*, in der er ohne explizite Nennung der UNO von „gewissen internationalen Organisationen,“ spricht, die „zu großen, sperrigen Theatern für unverantwortliche

²⁸Ebd., S. 286.

²⁹Nye (1990), S. 239.

³⁰Barnet (1972), S. 21.

Stimmblöcke degeneriert“ seien.³¹

Diese Verweigerung der Kooperation mit der UNO, zusammen mit der neuen NATO-Strategie des möglichen „Out-of-Area“-Einsatzes, kennzeichnen eine neue Qualität des amerikanischen Hegemoniestrebens. Der französische Kritiker Rammonet sagt zur Rolle der UNO:

In der Tat weist alles darauf hin, daß die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer derzeitigen Vormachtstellung nicht mehr gewillt sind, sich mit der UNO zu arrangieren und sich durch deren legalistische Verfahrensweisen zügeln zu lassen. (...) Auch die Vereinten Nationen [wären nicht mehr] in der Lage, [die USA] wirklich in Frage zu stellen.³²

In seinen Augen ist dieses neue „globale, strategische Sicherheitskonzept“, der USA eine *conditio sine qua non* der wirtschaftlichen Globalisierung als der „dominierenden Dynamik unserer Zeit“. Er argumentiert, die Globalisierung (die ja im übrigen fast ausschließlich die bereits industrialisierten Staaten erfaßt) untergrabe „durch die Aufweichung zwischenstaatlicher Grenzen und die Einebnung kultureller Unterschiede die Identität und Souveränität der einzelnen Staaten“. Folge sei ein sogenannter „Individuumsstaat“ (*Etat-individu*), der jedem Individuum Machtattribute und -befugnisse zugestehe, die sonst dem Staat zustehen: „Unzweifelhaft würden die Globalisierung und ihre Ideologie, der Ultraliberalismus, eine Transformation erlauben, ja begünstigen, wie sie die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien technisch möglich erscheinen lassen.“ Wenn diese Einschätzung auch sicherlich über das Ziel hinaus schießt (denn es war ja nicht Bill Clinton *persönlich*, der Slobodan Milošević bestraft), so zieht sie doch eine interessante Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Globalisierung und dem neuen Hegemoniebestreben der USA.

Zwei weitere wichtige Punkte sind aus den neuesten außenpolitischen Entwicklungen zu erkennen. Erstens, in enger Verbindung mit der abnehmenden Bereitschaft der USA, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, ist die zunehmende Tendenz der neuen „Welt-Supermacht“ erkennbar, jeweils für bestimmte militärische oder außenpolitische Ziele wechselnde Bündnispartner um sich zu sammeln. Haass nennt diese Strategie, die er als Teil einer „Doctrine of Regulation“ (im Gegensatz zur derzeitigen Ära der „Deregulation“, die viele Gefahren für die USA beinhalte) „Policy by Posse“, die einem legalen „Polizeitrupp“ unter Führung eines Sheriffs nachempfunden ist. Zu dieser Politik sagt er dann:

Unter dieser Politik würden die USA, wenn möglich gemeinsam mit anderen

³¹Nye (1990), S. 255.

³²Ramonet (1999), S. 4.

handeln, aber alleine wenn nötig und realisierbar, um das Verhalten und gegebenenfalls die Fähigkeiten von Regierungen und anderen Akteuren zu formen, so daß diese dann weniger bereitwillig sind, aggressiv zu handeln sowohl außerhalb der eigenen Grenzen als auch gegen die eigene Bevölkerung und einen wirtschaftlichen Handel betreiben, der vereinbarten Normen und Prozeduren entspricht.³³

Deutlich wurde diese neue Strategie besonders am willigen Einsatz Großbritanniens und auch Deutschlands im Kosovo-Krieg, aber auch die geplante Installierung des in „Theater Missile Defense (TMD)“ umbenannten SDI-Programmes von Ronald Reagan, das bis 2005 für circa 25 Mrd. Dollar einen nuklearen Schirm über Japan und Süd-Korea aufspannen soll³⁴ zeugt von dieser Einstellung dieser „zweckgebundenen Zusammenrottung“.

Der zweite Punkt ist die Selektivität der Interventionen der USA, die oft als heuchlerisch und doppelbödig erscheint. Allzu oft scheinen hier wirtschaftliche und machtpolitische Interessen im Vordergrund zu stehen, als die proklamierten Menschenrechtsfragen, die viele weitere Interventionen nötig machen würden. Madeleine Albright sagt dazu in einem Essay für *Foreign Affairs*: „Manche beschuldigen uns eines doppelten Standards. Tatsächlich haben wir aber nur einen, der auf unserer Einschätzung basiert, welcher Ansatz am geeignetsten dazu erscheint, Resultate hervorzubringen, die US-Interessen und -idealen dienen.“³⁵ Dabei diene nach ihren Worten Amerika oft nur als „Katalysator und Koalitionsbilder“ (siehe die „Posse“-Strategie) da auch die amerikanische Außenpolitik derzeit „von der Hand in den Mund lebe“³⁶.

Was sich in all den Jahren der weltpolitischen Veränderungen nicht verändert hat, ist der Anspruch der USA, der große Verteidiger der Freiheit zu sein. Die aus Europa stammende Außenministerin Albright, welche die Greuel des Zweiten Weltkrieges selbst erst spät an der eigenen Familie erlebt hat, ist daher stolz darauf, „daß die USA nicht irgendein anderes Land sind. Und wir wollen, daß unsere Außenpolitik unseren Status als global führender Verteidiger der Freiheit (*champion of freedom*) reflektiert.“³⁷ Denn, so sagt sie weiter,

Freiheit ist der Daseinszweck (*purpose*) Amerikas. Wie auch andere menschliche Aspirationen kann sie niemals vollständig erreicht werden. Freiheit ist kein Besitz, sondern ein ständiges Bestreben (*pursuit*). Und sie ist der Stern, nach der die amerikanische Außenpolitik weiterhin navigieren muß, in den verbleiben

³³Haass (1997), S. 69.

³⁴Vgl. *DIE WOCHE*, 21. Mai 1999, S. 28.

³⁵Albright (1998), S. 57.

³⁶Ebd., S. 62.

³⁷Ebd., S. 63.

Jahren dieses Jahrhunderts als auch im nächsten Jahrhundert.³⁸

Dieses idealistische Bekenntnis zur Freiheit, das zum Standardrepertoire jedes US-Außenpolitikers gehört, sollte sich jedoch immer an der Realität messen lassen. Und dies sowohl auf militärischem als auch wirtschaftlichem Gebiet. Denn wenn diese proklamierte „Freiheit für die Völker“ nur ein Deckmantel für eigene handfeste Machtinteressen sein sollte, würden sich die eingangs zitierten Worte John Quincy Adams bewahrheiten und „die grundlegenden Maxime [der Politik der USA] würden sich unmerklich von Freiheit zu Gewalt verlagern. Sie würden zum Diktator der Welt werden und so ihren eigenen Geist verleugnen“³⁹.

Benutzte Literatur:

- Barnet, R.: *The Roots of War*. New York 1972.
- Haass, R. N.: *The Reluctant Sheriff*, New York 1997.
- Hofstadter, R.: *Great Issues in American History , From Reconstruction to the Present Day 1864-1969* (Auszüge), New York 1969.
- Kennedy, P.: *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict 155-2000*, New York 1987.
- La Feber, W. (Hrsg.): *John Quincy Adams and American Continental Empire: Letters, Speeches and Papers*, Chicago 1965.
- Nye, Joseph S. jr./William A. Owens: *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*. 1990.
- Pflüger, F.: *Menschenrechtspolitik der USA, Ort?* 1983.
- Said, E. W.: *Culture and Imperialism*, New York 1994.
- Strauß, H.: *Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Außenpolitik 1793-1949*, Bern 1957.
- Wasser, H.: *Die Vereinigten Staaten von Amerika. Portrait einer Weltmacht*, Stuttgart 1980.
- Williams, W.A.: *The Tragedy of american Diplomacy*, New York 1978.
- Zittka, F.: *Wandel und Kontinuität der Amerikanischen UNO-Politik 1977-1993*, Frankfurt/M. 1996.
- Albright, M.: *The Testing of American Foreign Policy*. In: *Foreign Affairs*, Vol. 77, no. 6 (Nov./Dec. 1998).
- Huntington, S. P.: *The Lonely Superpower*. In: *Foreign affairs*, Vol. 78, no. 2 (March/April 1999).
- Kossuth, L.: *Speech at Concord, 11.5.1852*. In: *Old South Leaflets*, Nr. 111.
- Ramonet, I.: *Nouvel ordre global*. In: *Le monde diplomatique*, 11.6.1999.
- Die Woche*, 21. Mai 1999.

³⁸Ebd., S. 64.

³⁹Siehe Fußnote 1